

Gesundheits- Rundbrief

Sommer 2017
38. Jahrgang

Berichte · Dokumentationen · Veranstaltungshinweise

20 Jahre PFS

G-BA

BAGP

APS

NAD

GL

INHALT:

Verein & Infos **2**
Intern & Termine **3, 9**
20 Jahre PFS **4,5,6**

Diverses **7**
Rezensionen **8,9**
Mitgliederversammlung **9**
Armut und Gesundheit
10, 11

Gesundheit & Umwelt **12,13**
BAGP **14, 15**
Wahlveranstaltung **16**

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE51 7002 0500 0008 8878 00
BIC: BFSWDE33MUE



**GESUNDHEITSLADEN
MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONS- UND
KOMMUNIKATIONS-
ZENTRUM**

WALTHERSTR. 16 A
80337 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

www.gl-m.de
E-Mail: mail@gl-m.de

Infothek
Tel: 089 / 77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

**PatientInnenstelle
München**
Tel: 089 / 77 25 65
Mo 10-13 und 16 - 19 Uhr
Mi, Do und Fr 10 - 13 Uhr

Onlineberatung
<https://gl-m.beranet.info>

**Unabhängige Patienten-
beratung Schwaben**
Tel. 0821/ 209 203 71
Afrwald 7, 86150 Augsburg
Mo 9 - 12 Uhr
Mi 13 - 16 Uhr

**Bundestagswahl: Gesundheitspolitik überhaupt ein Thema?
JA! Siehe Seite 16**



Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 2/2017

30.08.2017

Verantwortlich für

Inhalt und Layout:

Maria Ernst, Peter Frie-
melt, Jürgen Kretsch-
mer, Waltraud Kröner,
Gunhild Preuß-Bayer,
Adelheid Schulte-
Bocholt, Carola Sraier.
Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel liegen
in der Verantwortung
des bzw. der jeweiligen
AutorIn. Sie geben
nicht unbedingt die
Meinung der Redakti-
on wieder.

Belichtung & Druck:

Ulenspiegel Druck
GmbH & Co. KG,
Andechs, zertifiziertes
Umweltmanagement
nach EMAS,
Recyclingpapier

Impressum:

Der Rundbrief ist das
Organ des
Gesundheitsladen
München e.V.

Mit freundlicher Unterstützung der



Landeshauptstadt
München
**Referat für Gesundheit
und Umwelt**

und des Staatsministeriums
für Gesundheit und Pflege



Materialien

- **Rundbrief** ☐
2 -4 mal im Jahr mit Beiträgen
aus der Vereinsarbeit und ak-
tuellen Gesundheitsthemen.
Jahresabo incl. Porto 8,- €

Broschüren

3,-€ (+ Porto + Verpackung 1,- €)

- **Patientenrechte - Ärztepflich-
ten, Neuauflage 2016** ☐

4,- € (+ Porto + Verpackung 1,-€)

- **Informationen rund um die
Versorgung mit Zahnersatz,**
5. Auflage 2015 ☐

0,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

Tipps für die Anwaltssuche im Medizinrecht

- **Lücke in der Krankschrei-
bung** ☐
- **Einsichtsrecht in
Patientenunterlagen** ☐
- **Die ärztliche Aufklärung** ☐
- **Gesetzlich versichert -
privat bezahlen?** ☐
- **Gesundheitsreform 2007** ☐
- **Konflikte mit der GKV** ☐
- **Gesundheitsfonds 2009** ☐
- **Arbeitsunfähig - was tun?** ☐
- **Gesundheitsreform 2011 -
Was ändert sich?** ☐
- **Hilfsmittelinfo** ☐
- **Satzung** ☐
- Bei Bestellungen unter 3,- € bitte
Betrag in Briefmarken beilegen!

**Alle genannten Materialien sind
für Mitglieder kostenlos.**

Angebote

Information

Gesammelt und weitergege-
ben werden Informationen
über Einrichtungen, Selbsthil-
fegruppen, Veranstaltungen,
Bücher und Zeitschriften. Es
gibt eine Bibliothek und ei-
nen PC für Recherche und
das Archiv.

Patientenberatung

Die Patientenstelle München
und die Unabhängige Patien-
tenberatung Schwaben bie-
ten unabhängige Beratung,
Information und Orientierung

Onlineberatung

Anonym und sicher:
Wenn Sie es wünschen, geht
Beratung bei uns auch online:
<https://gl-m.beranet.info>

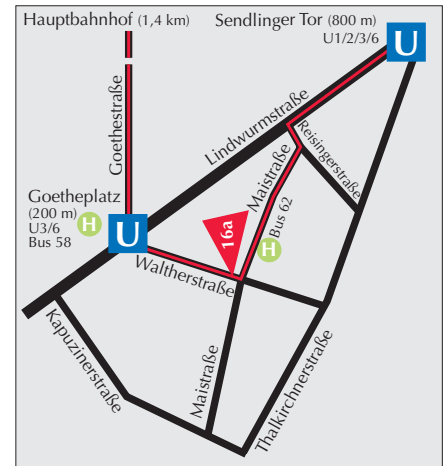
Kooperation

Wir arbeiten mit anderen Initiativen
und Facheinrichtungen kommunal, re-
gional und bundesweit zusammen. Be-
sonders intensiv begleiten wir die Ar-
beit der Patientenfürsprecher/innen
in den städtischen Kliniken.

Gesundheitsförderung

Im Stadtteil Isarvorstadt und stadtweit
machen wir Angebote zur Verbesse-
rung der Lebenssituation.
Wir organisieren Veranstaltungen
zum »Tag gegen Lärm« und arbei-
ten bei »Wohnen ohne Auto« mit.

Wegweiser



Arbeitskreise

Wir beschäftigen uns unter anderem
mit folgenden Themen:
Lärmaktionsplan und Tempo 30, Hö-
ren und Schutz der Ruhe, Autofreies
Wohnen.
Die Arbeitskreise sind für alle offen.

Webseite

Auf dieser finden Sie aktuelle Pres-
seerklärungen und Terminhinweise,
den Rundbrief u.a. in digitaler Form
und Links zu anderen Einrichtungen.

Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände,
Herausgabe unserer Zeitschrift, wei-
terer Texte und Ausstellungen.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere,
10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

IBAN:

BIC:

Bank:

Unterschrift:

Datum:

Liebe Freundinnen und Freunde, Interessierte und Aktive,

**München
ist bunt!**

in Zeiten wie diesen gehen launige Einstiegsformeln nicht so einfach von der Hand. Nicht nur im Rest der Welt, auch in Deutschland verändert sich die politische Landschaft rasant. In München, der Stadt der Toleranz, Vielfalt und Willkommenskultur, nehmen Übergriffe auf Fremdes zu.

Es ist Zeit, sich einzumischen. Das tun wir und laden Euch und Sie dazu ein. Bitte vormerken:

Deutschland vor der Wahl, Dienstag, 18. Juli 2017, 18:30 Uhr im Bayerischen Rundfunk, Arnulfstr. 42/44 – unsere Veranstaltung zur Bundestagswahl im September (siehe auch letzte Seite). Nur wenn wir unsere Bürgerrechte in Anspruch nehmen und zur Wahl ge-

hen, können wir daran mitwirken, dass sich unsere Gesellschaft vorwärts- und nicht rückwärts entwickelt. Bitte achten Sie auf unsere Öffentlichkeitsarbeit.

Unsere Mitgliederversammlung fand in einem kleinen aber feinen Rahmen statt, der neben dem Formalen auch mit interessanten Inhalten punktete. Wie in den vergangenen Jahren, können wir auch im kommenden Jahr auf unseren Vorstand bauen, der den Verein und unsere Arbeit trägt.

Man kann es kaum glauben – aber in diesem Jahr hat der GL schon zum 20. Mal den bundesweit stattfindenden „Tag gegen Lärm“ in München ausgerichtet. Eine hochprofessionell ausgestaltete zentra-

le Veranstaltung fand am 26. April statt und die Kolleginnen banden einen bunten Strauß vieler weiterer „Events“ – z.B. einen Hörspaziergang am 12. Mai.

Wie schon mitgeteilt, müssen wir unsere Räume in der Waltherstr. 16 verlassen. Wir suchen leider immer noch und sind für jeden Hinweis dankbar.

Wir laden Sie und Euch dazu ein, uns auf die nachfolgenden Seiten dieses Rundbriefes zu folgen und wünschen uns allen mehr Frieden und tolerantes Miteinander,
das Team im Gesundheitsladen

T
E
R
M
I
N
E

Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
19.06.17 14.30 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Alten- und Service- Zentrum Schwabing-Ost	Siegesstr. 31	Tel. 089 3088189
20.06.17 15 Uhr	Au Backe - worauf muss ich achten wenn ich zum Zahnarzt gehe?	AWO Sozialberatung im Ledigenheim	Bergmannstr. 31	Tel. 089 59976270
28.06.17 14 Uhr	Patientenverfügung und Vorsorgeformen	Alten- und Service- Zentrum Berg am Laim	Berg am Laim Str. 141	Tel. 089 434313
29.06.17 17 Uhr	Gesetzlich versichert - privat bezahlen	Gesundheitsladen München e.V	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
11.07.17 15 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Ökumenischer Seniorentreff. St. Thomas	Alsenweg 7	Tel. 089 9305462
27.07.17 17 Uhr	Informiert und gestärkt zum Arzt und ins Krankenhaus, Patientenrechte - Ärztepfllichten	Gesundheitsladen München e.V	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
08.08.17 14 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Alten- und Service- Zentrum Bogenhausen	Rosenkavalierplatz 9	Tel. 089 461334-640
28.09.17 17 Uhr	Au Backe - worauf muss ich achten wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Gesundheitsladen München e.V	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
26.10.17 17 Uhr	Patientenverfügung und Vorsorgeformen	Gesundheitsladen München e.V	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
23.11.17 17 Uhr	Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	Gesundheitsladen München e.V	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de

„Die Patientenförsprecherinnen und Patientenförsprecher sind wichtige Vermittlerinnen und Vermittler zwischen Patientinnen/Patienten und Klinikpersonal“

Interview mit Stephanie Jacobs,
Referentin für Gesundheit und Umwelt

Peter Friemelt: Was war der Anlass für die Einrichtung der Patientenförsprecherinnen und Patientenförsprecher in den städtischen Krankenhäusern in München vor 20 Jahren?

Stephanie Jacobs: Die Initiative kam aus dem Münchner Stadtrat mit dem Ziel, Patientinnen und Patienten zu unterstützen, die sich oft selbst schwer tun, Ihre Belange zu vertreten. Ebenso sollte eine neutrale Interessensvermittlung ermöglicht werden.



Stephanie Jacobs

Warum unterstützt die Landeshauptstadt München die Patientenförsprecherinnen und Patientenförsprecher und welchen Gewinn erfährt die Städtische Klinikum München GmbH (StKM) aus deren Arbeit?

Für mich als Gesundheitsreferentin muss in der Gesundheitspolitik die Patientenperspektive stets an erster Stelle stehen. Die Patientenförsprecherinnen und -försprecher helfen hier ganz entscheidend mit. Sie sind zum einen die Mittler zwischen den Kliniken und ihren Patienten und können auf diese Weise helfen, Missverständnisse und Probleme auszuräumen. Die Patientinnen und Patienten verlassen dann oft zufriedener die Klinik und geben diese positiven Erfahrungen weiter. Zum anderen erstellen die Patientenförsprecher regelmäßig Berichte für den Münchner Stadtrat und für die Klinikleitungen der Städtischen Kliniken München GmbH, in denen sie über ihre Arbeit informieren, und so die Patienten Anliegen transparent machen.

Gibt es konkrete Beispiele, was durch den Einsatz der Patientenförsprecherinnen und Patientenförsprecher in den Kliniken verbessert wurde?

Die Försprecherinnen und -försprecher helfen auf vielfältige Weise. Oft kann schon in einem gemeinsamen Gespräch mit den behandelnden Ärztinnen und Ärzten oder dem Pflegepersonal das Problem oder Missverständnis unmittelbar gelöst werden. Ich möchte nur einige Einzelbeispiele nennen, um zu demonstrieren, wie sich die Arbeit der Patientenförsprache direkt im Alltag auswirkt: So wurden verschiedene interne Prozessoptimierungen in den Städtischen Kliniken angestoßen, sei es im Bereich der internen Organisation, der Wäsche- und Essensversorgung, der Reinigung, der Klinik-Hygiene, der Serviceleistungen, der Verwaltung und Abrechnung oder bei der baulichen und technischen Ausstattung. Zudem wurde und wird laufend dazu beigetragen, dass die Information und Kommunikation mit den Patientinnen und Patienten optimiert wird, besonders

im Bereich der Aufnahme, der laufenden Behandlung und der Entlassung. Auf Empfehlung der Patientenförsprache wurden auch Abschiedsräume auf den Stationen für die Verstorbenen eingerichtet, ein Medienzentrum (mit TV, Internetzugang etc.) oder ein Sprudelwasser-Automat in einem Klinikum angeschafft.

Worin liegen die Stärken des Münchner Modells der Patientenförsprache?

Das Münchner Modell der Patientenförsprache ist beispielgebend für viele andere Kommunen. Es ist über die Grenzen Bayerns hinaus bekannt und in dieser Form zumindest in Bayern einmalig. Die Patientinnen und Patienten bekommen so eine wichtige und unabhängige Anlaufstelle, an die sie sich mit Lob, Beschwerden und Verbesserungsvorschlägen oder auch zur Patientenberatung wenden können.

Durch die Anbindung an die Stadtverwaltung sind die Patientenförsprecherinnen und -försprecher auch unabhängig in ihrer Arbeit. Sie haben keine Weisungsbefugnis durch die städtischen Kliniken. Dies ermöglicht der Patientenförsprache, schnell und unbürokratisch helfen zu können. Sie sind damit ganz nah an den Patientinnen und Patienten.

Wir festigen und entwickeln die hohe Qualität der Patientenförsprache mit regelmäßigen Arbeitstreffen und Schulungen, Fortbildungen sowie Supervisionen. Die Veranstaltungen werden vom Gesundheitsladen München e.V. und vom Referat für Gesundheit und Umwelt organisiert.

Welche Akzeptanz erfahren die Patientenförsprecherinnen und Patientenförsprecher in der StKM und bei den Patientinnen und Patienten?

Für die Patientinnen und Patienten ist es beruhigend zu wissen, dass es jemanden gibt, der sich unabhängig von der Klinik für sie einsetzt, der bei Fragen und Beschwerden weiterhilft, ihnen erklärt, dass sie ein Recht auf Einblick in ihre Patientenakte haben und ihnen gegebenenfalls hilft, eine eigene Entscheidung über die Vorgehensweise bei einem vermuteten Behandlungsfehler treffen zu können. Aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Patientenfürsprache voll akzeptiert, das zeigt sich zum Bei-

spiel darin, dass sie selbst auf die Dienste der Patientenfürsprache aufmerksam machen. Zudem wird mit Flyern und auf der Homepage der Städtischen Kliniken München für die Patientenfürsprache geworben.

Jährlich suchen durchschnittlich 350 Personen die Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher auf. Das zeigt, wie stark die Patientenfürsprache integriert ist und angenommen wird.

Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher gibt es nicht an allen Kliniken Bayerns. Was könnte die Referentin für Gesundheit und Umwelt in München unternehmen, dass unabhängige Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher zu einem Regelangebot der Klinik werden?

Wir vom Referat für Gesundheit und Umwelt geben die guten Erfahrungen der Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher an den Kliniken der Städtischen Klinikum München GmbH gerne weiter. Dieses Angebot steht. Mittlerweile haben wir an ca. einem Drittel der bayerischen Kliniken Patientenfürsprecher. Das bayerische Gesundheitsministerium und die Bayerische Krankenhausgesellschaft haben Handlungsempfehlungen

für die Einrichtung von Patientenfürsprache beschlossen. Sehr begrüßen würde ich auch, wenn es gelänge, die Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher in allen Münchner Kliniken zu etablieren und in den Austausch zu bringen, um voneinander in der alltäglichen Arbeit profitieren zu können. Ein jährlicher Münchner Patientenfürsprechertag, wie er bereits auf der bayerischen Ebene eingeführt ist, kann dafür einen passenden Rahmen geben. Neben dem Austausch können auch

gemeinsame Fortbildungen der Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher durchgeführt werden.

Welche Visionen zum Thema Patientenorientierung hat die Referentin für Gesundheit und Umwelt in München für die nächsten 20 Jahre?

Wie gesagt, wir müssen bei allen Gesundheitsthemen stets die Patientenbrille aufsetzen. Denn um die Patientinnen und Patienten geht es schlussendlich. Ich setze mich deshalb weiterhin dafür ein, dass die Landeshauptstadt München Vorreiterin für Patientenrechte bleibt. München bekommt den ersten kommunalen Patientenbeauftragten bundesweit. 2017 wird das Referat für Gesundheit und Umwelt die Stelle eines Patientenbeauftragten einrichten. Ich will damit die Anliegen aller Münchner Patientinnen und Patienten noch stärker in die Stadtpolitik tragen, damit wir ein objektives Bild von der Versorgungssituation bekommen. Ich könnte mir vorstellen, dass eine solche Einrichtung ebenso gute Schule macht, wie unsere Patientenfürsprache, die wir vor 20 Jahren eingeführt haben.

Wie soll die oder der Patientenbeauftragte der Landeshauptstadt München mit den Patientenfürsprecherin-

nen und Patientenfürsprechern der StKM zusammenarbeiten?

Die oder der Patientenbeauftragte wird mit allen Akteuren des Gesundheitswesens in München kooperieren. Mit den Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprechern sowie mit dem Gesundheitsladen München e.V. wird es eine enge Zusammenarbeit geben. Schließlich wird der Patientenbeauftragte keine direkte Beratung leisten, sondern qualifiziert weiter verweisen. Hier brauchen wir die Unterstützung der Patientenfürsprache. Alle zwei Jahre wird der Patientenbeauftragte einen Bericht zur Patientenorientierung erstellen. Dieser wird auch die Rückmeldungen der Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher enthalten und dem Stadtrat vorgestellt.

Was sind weitere wesentliche Aufgaben der/des Patientenbeauftragten der Landeshauptstadt München?

Hauptaufgabe der oder des neuen Patientenbeauftragten ist es, als Sprachrohr der Patientinnen und Patienten gegenüber der Politik und Verwaltung aufzutreten. Die Stelle soll die Sicht der Patientinnen und Patienten in Gremien und bei städtischen Vorhaben im Gesundheitsbereich und bei Entscheidungen kraftvoll einbringen. Generell sollen Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen aufgedeckt und Lösungsvorschläge dafür erarbeitet werden.

Neu ist, dass es erstmals eine zentrale und unabhängige Anlauf- und Koordinationsstelle für alle Münchner Patientinnen und Patienten und Vertreter von Patienteninteressen gibt. Dadurch soll die Hilfe für betroffene Münchner Patientinnen und Patienten in ambulanten sowie in stationären und teil-stationären Gesundheitseinrichtungen verbessert und ihre Rechte und Mitbestimmung gestärkt werden. Außerdem stärken wir mit einem zentralen Ansprechpartner das Vertrauen in die medizinische Versorgung und damit den Medizin- und Gesundheitsstandort München insgesamt.

*Die Fragen stellte Peter Friemelt vom Gesundheitsladen München
Foto: Eleana Hegerich*



Hier auf dem Foto werden die PFS für ihr Engagement geehrt.

20 Jahre PFS im Stadtklinikum

Eigentlich sollte die 20 Jahr-Feier im November 2016 begangen werden. Aber wegen des völlig unerwarteten Todes des Klinikdirektors der Thalkirchner Straße, der ein großer Unterstützer der PFS war, wurde die Feier auf Januar 2017 verlegt.



Podiumsdiskussion v.l.n.r

- **LMRin Dr. Gabriele Hartl**, Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege ist verantwortlich für den Bereich PFS und für die Umsetzung der gemeinsamen Handlungsvorschläge vom Ministerium und der Bayerischen Krankenhausgesellschaft. Sie forderte noch mehr PFS in den Kliniken, eine gesetzliche Regelung sieht sie derzeit aber nicht notwendig.
 - **Stephanie Jacobs**, Referentin für Gesundheit und Umwelt stellte ihr Konzept der Patientenorientierung vor und nannte die PatientenfürsprecherInnen als wichtigen Bestandteil daran. Darüberhinaus will sie sich für mehr PFS in ganz München einsetzen. Hierzu schlägt sie einen Münchner PFS-Tag vor.
 - **Ursula Baer**, Patientenfürsprecherin Klinikum Schwabing, stellte das Münchner Modell vor und warb für größtmögliche Unabhängigkeit.
 - **Claudia Gall-Kayser**, Patientenfürsprecherin Uni-Klinikum Erlangen, sieht ihr Modell nahe an München. Auch ihr ist die Unabhängigkeit von der Klinik wichtig.
 - **Herbert Roth**, Patientenfürsprecher Haßberg-Kliniken, vermisst einen engeren Rahmen für die Tätigkeit, kann aber wg. seiner persönlichen guten Einbindung nicht klagen.
- Insgesamt wurde der Wunsch nach einer verbindlicheren oder gar gesetzlichen Regelung der PFS immer wieder genannt, aber weder Frau Dr. Hartl noch der im Publikum anwesende Vertreter der BKG, Herr Fuchshuber, konnten sich dazu durchringen, das voranzutreiben.

Eine derartige Veranstaltung bietet auch immer die Gelegenheit, dass sich Leute treffen, die sich schon gefühlt ewig nicht mehr gesehen haben. Z.B. ehemalige und aktuelle PFS, ehemalige und aktuelle DirektorInnen, ehemalige und aktuelle WegbegleiterInnen und hier auf dem Bild zwei ehemalige und die aktuelle Gesundheitsreferentin von links nach rechts: Hermann Schulte-Sasse, Joachim Lorenz und Stephanie Jacobs.



Patienten-Info

Unabhängige Patientenfürsprache



?

Fragen?
 Beschwerden?
 Anregungen?
 Lob?







Europaweiter Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung - 2017

Nachdem der Gleichstellungstag im vergangenen Jahr auf dem Odeonsplatz nicht zufriedenstellend verlief, wurde für 2017 ein neues Konzept erarbeitet.



Auf mehreren, physischen Tat-Orten (Markierungen auf dem Boden), sollten Besucher*innen und Interessierte auf Einschränkungen aufmerksam gemacht werden, die Betroffene in unterschiedlichen Lebens-Orten bzw. -Bereichen, erfahren: Bildung, Freizeit, Gesundheit, etc. An diesen „Orten“ standen jeweils Betroffene zum Gespräch bereit. Von den Besucher*innen wurde das Gespräch (noch) nicht intensiv gesucht. Viele genossen das gelungene und umfangreiche Bühnenprogramm, von dem auch Touristen aus der Münchner Einkaufsmeile angezogen wurden.

Informationsmaterial von allen teilnehmenden Einrichtungen und Organisationen wurden gebündelt und nur noch unter einem Pavillon-Dach ausgelegt. Das hatte den Nachteil, dass die Besucher*innen im Informations-Pavillon sich nicht zu allen Themen mit einem kompetenten Gegenüber austauschen konnten.



Wir waren vor Ort und sprachen mit zahlreichen Besucher*innen über die GL-Arbeit und unsere Anliegen oder beantworteten persönliche Fragen. Dazu ist uns jede Gelegenheit recht, noch dazu zeigen wir mit unserer Präsenz: Das Thema der Gleichstellung ist uns wichtig! Dennoch – die Aussagen einiger Gesprächspartner*innen klingen nach: Im Laufe so vieler Jahre gab es kleine Verbesserungen. Die großen Fragen und Problemlagen aber sind heute wie gestern die gleichen...

Waltraud Kröner

Neu: Kostenloses Beratungsangebot des VdK „Leben mit Behinderung“

Das Beratungstelefon „Leben mit Behinderung“ bietet Erstberatung zur Orientierung für Ratsuchende in den Bereichen Bildung, Wohnen und Arbeiten bei einer (drohenden) Behinderung oder bereits bestehender Schwerbehinderung. Auch Menschen, die spontan mit einer langwierigen Erkrankung konfrontiert sind, können sich hier kostenfrei erkundigen.

Beratungstelefon
„Leben mit Behinderung“
Tel: 089 2117 113
Mo-Fr 9-12h, Do 15-18h

Infobörse für Frauen aus aller Welt - 2017



Auch in diesem Jahr war es ein Genuss, auf der Infobörse den GL zu vertreten. Diese Veranstaltung im Alten Rathaus ist sehr professionell organisiert. Innerhalb weniger Stunden bietet sich die verdichtete Möglichkeit zum Austausch und Kennenlernen der Arbeit aller vertretenen Einrichtungen und Organisationen. Der Gang von Tisch zu Tisch eröffnet die einfache Kontaktaufnahme bzw. Kontaktpflege mit den anwesenden KollegInnen. Gelungene Netzwerkarbeit. Wir haben mehrfach Adressen und Kontaktdaten ausgetauscht.

Sehr viele Frauen mit – und ohne – Migrations-Hintergrund waren mit vielen Fragen zu ihren besonderen Lebenslagen unterwegs und nutzten die Veranstaltung als Quelle für Informationen

z. B. zu den Bereichen Gesundheit, Arbeit, Familie u.v.a.m.

Die Intension der Veranstalterinnen, Frauen aus aller Welt und ihren Familien, den Einstieg in ein neues Leben in einer mehr oder weniger fremden Kultur zu erleichtern und ihnen Orientierung zu geben, wurde einmal mehr erreicht.



Wir nehmen auch im nächsten Jahr wieder gerne daran teil.

Waltraud Kröner und
 Adelheid Schulte-Bocholt



Krank durch Früherkennung – Warum Vorsorgeuntersuchungen unserer Gesundheit oft mehr schaden als nutzen
riva Verlag 2015, 214 Seiten,
ISBN 978-3868836301, 19,99 €

Der Wissenschaftsjournalist Frank Wittig untersucht in diesem Buch die Sinnhaftigkeit einschlägiger und vielfach von Ärzten und Krankenkassen empfohlenen Vorsorge-Untersuchungen zur Früherkennung, insbesondere von Krebserkrankungen, allgemeinen Gesundheitsrisiken und verschiedener IgeL-Leistungen. Das Ergebnis ist ernüchternd: in den meisten Fällen zeigt sich zwar eine starke Zunahme vermeintlich „Krank“, aber kaum eine Verbesserung der Überlebenschancen, dafür aber erhebliche Risiken durch die Untersuchungsverfahren oder scheinbar notwendiger Folgebehandlungen.

So belegen Studien, dass durch das Mammografie-Screening nur eine von 2000 Frauen in 10 Jahren vor dem Brustkrebs gerettet werden kann, auf der anderen Seite aber 10 Frauen unnötig gegen Krebs therapiert werden, weil bei ihnen Gewebeveränderungen diagnostiziert und behandelt werden, die sich nie zu aggressiven Tumoren entwickelt hätten.

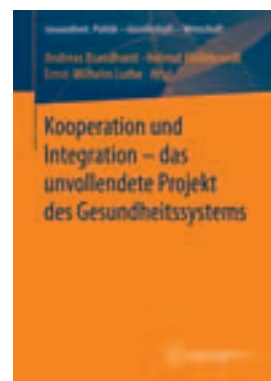
Ähnlich das Ergebnis beim sog. „Check-up 35“, bei dem u. a. Grenzwert-Überschreitungen bei Blutdruck, Cholesterin und

Blutzucker diagnostiziert werden. Da die Grenzwerte immer weiter gesenkt wurden, müssen immer mehr Menschen behandelt werden - ein Effekt auf die Sterblichkeit ist jedoch bislang nicht nachweisbar.

Ein mehr an Diagnostik macht also nicht unbedingt gesünder, sondern im Gegenteil Menschen erst zu Kranken. Der Autor sieht dahinter ökonomische Interessen und belegt an vielen Beispielen den Einfluss von ärztlichen Fachgesellschaften, Standes-Organisationen und der Pharma-Industrie auf die Früherkennungs-Medizin.

Also keine Vorsorgeuntersuchungen mehr? Wittig stellt durchaus fest, dass sie im Einzelfall Leben retten können. Er warnt jedoch vor zu großen Erwartungen und „Ärzte-Gläubigkeit“ und möchte mit den umfangreichen Informationen über Nutzen und Schaden der Früherkennungsmaßnahmen zu einem kritischen Blick ermuntern, so dass man zu einer persönlichen und vernünftigen Entscheidung kommen kann. Sehr nützlich sind dazu auch die Hinweise zu verlässlichen Informationsquellen im Internet am Ende.

Maria Ernst



Kooperation und Integration – das unvollendete Projekt des Gesundheitssystems
Springer Verlag, 2017, 624 S., ISBN 978-3-658-13783-0, 69,90 €

Eine an den Bedürfnissen der Patienten orientierte und bezahlbare Versorgung ist zukünftig nur möglich, wenn sich das deutsche Gesundheitswesen grundlegend wandelt. Die sektorenübergreifende Versorgung ist seit einiger Zeit ein Top-Thema in der Politik. Obwohl Integration und Kooperation in der Gesundheitsversorgung schon lange in fast allen größeren Reformgesetzen als Ziele auftauchen und vom Sachverständigenrat im Gesundheitswesen immer wieder gefordert und international vorangetrieben werden, sieht die Realität anders aus. Patienten, Angehörige und Akteure erleben die Versorgung immer noch als bruchstückhaft, getrennt in Sektoren und Übergangslücken hinnehmend. Übergreifende Ansätze der Patientenversorgung und der dazu gehörenden Kommunikationsstrukturen sind kaum vorhanden. Nur in wenigen Leuchtturmprojekten werden Integration und Kooperation berücksichtigt.

Die namhaften Autoren fassen den Stand der Diskussion zusammen, so dass dieses Buch für jeden gesundheitspolitisch Interessierten eine hilfreiche und interessante Lektüre darstellt. Es werden maßgebliche Aspekte dargestellt, Lösungsansätze gesucht und Perspektiven entwickelt.

Im Ergebnis fokussieren die Autoren auf Qualitätstransparenz, die Vergleiche ermöglicht und Patienten bessere Wahlentscheidungen bietet; Budgets für Forschung und Entwicklung bei den Krankenkassen; eine Reorganisation der Gesundheitsberufe sowie Verknüpfungen der Sozialleistungsträger und die Regionalisierung der Organisation (Aufsicht) und Steuerung der Gesundheitsversorgung. Ein sehr lesenswertes Kompendium.

Jürgen Kretschmer



Gesprächsführung und Beratung – Sicherheit und Kompetenz im Therapiegespräch
Springer Verlag, 2013, 212 Seiten, 2. Auflage, ISBN 978-3642302114, 34,95 €

Das Taschenbuch beschäftigt sich eigentlich mit allen für die logopädische Therapie - was ja kein Thema bei uns im GL ist - wichtigen Themen von Gesprächsführung und Beratung und dies sehr anschaulich und übersichtlich. Neben den Grundlagen der Kommunikation werden auch die Grundbegriffe und Anwendungskonzepte der Psychologie vermittelt.

Ein Abschnitt beschäftigt sich mit der Beratung und Gesprächsführung in Gruppen. Spannend finde ich die Ausführungen zum Thema „Selbstsorge“ der Beratenden. Die dort angesprochenen Themen wie z.B. Kompetenzzupfinden, Burnout, den hilflosen Helfer, die Teamarbeit, Supervision ... regen eine kritische Selbstreflexion rund um den Beratungsprozess an.

Das Buch ist lesenswert und eignet sich gut zum immer mal wieder „In-die-Hand-Nehmen“ und Nachlesen.

Adelheid Schulte-Bocholt



Gesprächsführung in der Sozialen Arbeit. Grundlagen und Gestaltungshilfen
VS Verlag für Sozialwissenschaften (Wiesbaden) 2011/2012, 180 Seiten, ISBN 978-3-531-18573-6, 16,95 €

Das Buch ist in drei Teile gegliedert.

Teil A beschreibt anschaulich und übersichtlich die Grundlagen der Gesprächsführung in der Sozialen Arbeit. Es gibt auch einen - aus meiner Sicht - wichtigen kurzen Abschnitt zu den Themen Menschenbild und Grundhaltungen.

Teil B beschäftigt sich mit der Vorbereitung von Gesprächen, ihrer Durchführung, der Moderation und der Auswertung, mit vielen Anregungen, das beschriebene Wissen konstruktiv in die Praxis umzusetzen.

Im Teil C geht es um „Gespräche in Klientenarbeit und Organisation“. Hier werden im Rahmen der Hilfenarbeit verschiedene Gesprächsformen wie Erst-, Beratungs-, Konfliktgespräch etc. beleuchtet sowie auch die Gespräche in der Organisation selbst (Teams und Arbeitsbesprechungen).

Das Lehrbuch ist gut lesbar, verständlich und eine Hilfestellung für Beratende in der Sozialen Arbeit - ein Grundlagenwerk, das ich empfehlen kann.

Adelheid Schulte-Bocholt

Mitgliederversammlung 2017



Unser Vorstand, v.l.n.r.: Gerhard Schwarzkopf-Steinhauser, Peter Scholze, Christa Porer, Thomas Schüren, Pavlos Delkos - und über Allen leuchtet der Stern....



Ein herzliches Dankeschön auch an unsere beiden Referenten Dr. Peter Scholze und Dr. Peter Hoffmann. Sie gaben uns eine Einführung in die Thematik Bedarfsplanung und Notfallversorgung - die Situation in München. Es folgte eine lebhaft Diskussion der Anwesenden.



Geehrt wurde unser langjährigstes Vorstandsmitglied Thomas Schüren. Dieser steht uns seit sage und schreibe 1991 ununterbrochen als Vorstandsmitglied zur Verfügung. Für sein kritisches, hilfreiches und über den Teller- rand hinaus ragendes Engagement bekam er das „Goldene GL-Schlängli“ überreicht.

Antibiotikaresistenzen - Risiko für medizinischen Fortschritt, SZ-Gesundheitsforum

am Montag, 10.07.2017, 19:00 Uhr, Bildungszentrum, Einsteinstr. 28, Eintritt frei
 Der Antibiotikaverbrauch hat in den vergangenen zehn Jahren weltweit dramatisch zugenommen. Mit dramatischen Folgen.

Ein hochkarätiges Podium, u.a. mit Gerhard Schwarzkopf, widmet sich den Fragen: Wie kann der Einsatz von Antibiotika vermindert und die Verbreitung von multiresistenten Erregern gestoppt werden? Welche Rolle spielt die vielfach kritisierte Hygiene in den Krankenhäusern? Und welche Maßnahmen können Sie persönlich ergreifen, um Antibiotikaresistenzen zu vermeiden?

Gesundheit Solidarisch Gestalten

Armut und Gesundheit - Kongress 2017

Armut macht krank und grenzt aus
Dass Armut krank macht, weiß man – schon lange. Dass Armut einen einwandfreien Zugang zu medizinischer Versorgung verhindert, weiß man auch.



Medico international schreibt: 20 Millionen Menschen sterben jedes Jahr an armutsbedingten Krankheiten.

1.000 Milliardäre besitzen drei Mal so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen. Armutsbedingte Krankheiten sind die größte Menschenrechtsverletzung der Geschichte. Denn es würde für alle reichen. (www.medico.de/gesund-heit-ist-ein-menschenrecht-14133/)

Auch in Europa geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Dort betrifft Armut nicht nur die weniger entwickelten Länder Europas, sondern auch die sogenannten wirtschaftlichen Zugpferde der EU, wobei die Ausgangssituation in den einzelnen EU-Ländern sehr unterschiedlich ist. Knapp ein Viertel aller EU-Bürger (23,7 %) gelten derzeit als von Armut oder sozialem Ausschluss bedroht, stellt die Bertelsmannstiftung in ihrem Index Report 2016 fest. Das entspricht rund 11,8 Millionen Menschen, wobei es hier ein eklatantes Nord-Süd Gefälle gibt.

Vor allem Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Arbeitslose, Migranten, Menschen mit Behinderungen sowie Allein-erziehende sind von Armut bedroht. (Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügt.)

„Gesundheit solidarisch gestalten“ ist da ein mehr als herausfordernder Kongress- titel und noch dazu vor dem Hintergrund aktueller weltpolitischer Ereignisse und zunehmender Entsolidarisierung mit anders Denkenden, Glaubenden, Aus- sehenden, weniger Leistungsfähigeren und Vulnerableren ... ein hochaktuelles Thema.

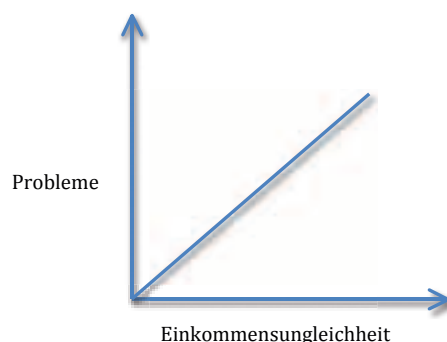
Solidarität ist eine Haltung der Verbun- denheit mit anderen, ein Grundprinzip des Zusammenlebens auf der Grundlage der Mitmenschlichkeit. Sie äußert sich in gegenseitiger Hilfe und dem Eintreten füreinander ohne die gegebene Hilfe wieder einzufordern.

Werden wir diesem Anspruch in unse- rem Gesellschaftssystem gerecht? Nein, das werden wir nicht.

Der Kongress

Fünf Veranstalter, über 2000 angemel- dete TeilnehmerInnen, über 150 Vorbe- reitende, 1000de Stunden der Vorbe- reitung, und 120 Veranstaltungen und workshops ... ein jährliches Mammutpro- jekt in Berlin.

Den gelungenen und eindrucksvollen Auftakt als Eröffnungsredner machte der international bekannte Gesundheitswis- senschaftler Prof. Richard G. Wilkinson, der sich seit den 70iger Jahren mit dem Zusammenhang zwischen Einkommensun- gleichheit und gesellschaftlichen Proble- men befasst.



Zunehmende Einkommensungleichheit führt zu zunehmenden Problemen

Wilkinson stellte anhand einiger Statisti- ken und Erhebungen anschaulich dar, dass in Gesellschaften (europa- und weltweit) mit einer sehr ungleichen Verteilung der Einkommen weniger Gesundheit, größere soziale Probleme wie Gewalt und Dro- genmissbrauch, Misstrauen und große soziale Distanz existiert. Wenn also - so seine These - die Schere zwischen Arm und Reich zusammengeht, Ressourcen und Teilhabe gerechter verteilt sind, dann hat das positive Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Eine These, die sich mir bei den Problemstellungen in den unterschiedlichen von mir besuchten workshops immer wieder anbot.

(Denjenigen unter unseren LeserInnen, die es noch nicht kennen und Interesse haben, kann ich Wilkinsons Buch: „Gleich- heit ist Glück. Warum gerechte Gesell- schaften für alle besser sind“ wärmstens empfehlen.)



Workshops

Die von mir besuchten Workshops befassten sich mit den Themen: Versorgung von Asylsuchenden, die Solidarische Gesundheitsfinanzierung, Menschen ohne Krankenversicherung, Migrationsspezifische Versorgungsstrategien, Arbeitslosigkeit und einem Netzwerktreffen „Gesundheitliche Versorgung sozial benachteiligter Menschen“.

Kurz und gut: Viel Bekanntes, neue Anregungen, den Blick über den GL-Teller- rand, neue Ideen und Kontakte ...

Forderungen

Herausgreifen möchte ich aber den im workshop Versicherungslose vorgestellten (Heraus)forderungen vom Verein Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. im Umgang mit Menschen ohne Krankenversicherung, ergänzt um Forderungen anderer TeilnehmerInnen dieses workshops, die da lauten:

- Verständliche Aufklärung, flächendeckende Beratung und Begleitung der Betroffenen
- Zugang zu den Sozialen Sicherungssystemen innerhalb der EU-Freizügigkeit
- Uneingeschränkter Zugang zur medizinischen Versorgung von Asylsuchenden
- Bundesweite Einführung des anonymisierten Krankenversicherten-scheins für Menschen ohne Papiere
- EINE Krankenversicherung für Alle
- Die Gesundheitskarte für Asylbewerber
- Beitragsfreie familienunabhängige Versicherung für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebens-jahr bzw. bis zur Beendigung der Ausbildung

Forderungen, denen ich mich voll anschließen kann.

Das Thema gesundheitliche Versorgung sozial benachteiligter Menschen wird selbstverständlich weiterhin im Gesundheitsladen ein wichtiges Thema bleiben und uns beschäftigen.

Weitere Informationen zum Kongress unter www.armut-und-gesundheit.de.

Fluchtpunkt Kommune: Perspektiven auf Gesundheitsförderung bei Geflüchteten und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Focus der eintägigen Satellitenveranstaltung zum Kongress Armut und Gesundheit 2017 war das Thema Gesundheitsförderung und Prävention bei Geflüchteten und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt und welche AkteureInnen involviert werden, um eine „Gesunde Kommune für Alle“ zu verwirklichen?

Ein paar Ergebnisse aus den Foren:

- Zur Versorgung von Flüchtlingen gibt es bisher viel zu wenig valide Daten und die vorliegenden sind nicht vergleichbar.
- Es gibt sehr wirkungsvolle Aktivitäten und Projekte, aber es fehlt an einer bundesweiten Vernetzung und einen Austausch.



Sprachführer „Point + talk“

Din A 6 Broschüre 64 Seiten mit einem breiten Themengebiet: u.a. Erste Gespräche, Arztbesuch, Hilfe im Notfall. Entwickelt in Kooperation mit Armut und Gesundheit e.V.. Darstellung von Worten und Sätzen in zwei Sprachen und anschaulicher Bebilderung. Man zeigt auf das, was man sagen will, wobei beide Gesprächspartner die Bedeutung in Ihrer Sprache lesen können. Bietet eine Grundausrüstung für erste Gespräche mit Geflüchteten.

Zu erhalten in den Sprachen: Arabisch-, Farsi-, Urdu-, Tigrinya- und Oromo-Deutsch.

Weitere Infos unter: www.pointandtalk.de

Themenbereiche waren:

- Daten zur sozialen Lage/Gesundheitsberichtserstattung
- Zugänge und Hürden in Bezug auf Gesundheitsversorgung
- Rolle der Sprachmittlung
- Kommunale Strategien - Einbindung in die Präventionskette
- Praxisbeispiele, u.a. Peer-to-Peer/Multiplikatorenansätze
- Suchtprävention
- Psychosoziale Versorgung
- Geflüchtete benötigen eine Regelversorgung und haben spezifische Bedarfe, die berücksichtigt werden müssen.
- Eine psychosoziale Versorgung ist bisher nur rudimentär leistbar, aber dringend notwendig
- Es gibt viele Ideen, aber noch mehr Baustellen und zu tun
- Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Adelheid Schulte-Bocholt

»Tag gegen Lärm« am 26. April 2017

Akustische Vielfalt in Deutschland – Errungenschaften, Herausforderungen, Probleme



Der »Tag gegen Lärm« fand dieses Jahr in Deutschland schon zum 20-ten mal statt und 19 mal war der GL dabei.

Veranstaltungen wie Meditationen, Vogelstimmenführungen und Hörtests sind inzwischen Standard, aber immer werden auch neue Dinge ausprobiert; so konnten wir in den letzten Jahren eine prima Zusammenarbeit mit den Organisatio-

nen für Gehörgeschädigte aufbauen.

Unsere zentrale Veranstaltung haben wir erstmalig ganz dezentral gemacht, nämlich in der Messestadt Riem. Zum Glück hatten wir die meisten Veranstaltungen „indoor“ geplant, denn das Wetter war leider so verregnet wie schon an anderen »Tagen gegen Lärm«.

Auf dem Willy-Brandt-Platz stand nur die rollenden Testkabine von Hörgeräte-Seifert, die zugleich das große Aushängeschild für die versteckteren Aktionen in der Kultur-Etage war.

Dort präsentierten wir die Ausstellung „Radlhauptstadt München“ und Infostände verschiedener Organisationen: Neu dabei war die Tinnitus-Selbsthilfegruppe Ost der Tinnitusliga, ein Kontakt, um den wir auch für die Beratung froh sind. Beim ADFC gab es neben vielen Informationen zu den Angeboten auch den brandneuen Radlstadtplan. Wohnen ohne Auto war ebenfalls vertreten (und leitete in der Folgewoche auch noch einen „Besuch bei den autofreien Projekten“). Und natürlich stellten auch wir vom Gesundheitsladen umfangreiches Material, nicht nur zum Lärm, sondern auch zu unseren sonstigen Themen aus.

Für Kindergruppen gab es zwei Angebote. Unter Brigitte Bergmanns sensibler Anleitung „Was ich höre, bewegt mich“ erkundeten die Kinder zu unterschiedlicher Musik Bewegungs- und Ruhebedürfnisse und mit Barbara Greiner-Burkard folgten sie gebannt schweigend und aufmerksam einstimmend den Helden der Geschichten.

Neben Gruppen aus den benachbarten Kindergärten kamen auch einige Eltern mit Kleinkindern aus den Riem-Arcaden.

Am frühen Abend fanden dann noch zwei interessante Vorträge statt: Edith Feneis-Schuster vom Bayerischen Landesverband für die Wohlfahrt Hörgeschädigter informierte aus ihrer eigenen praktischen Erfahrung über soziale, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte im Zusammenhang mit Hörgeräten. Der HNO-Arzt Dr. Jochen Reichel referierte über die unterschiedlichen Ursachen und Therapiemöglichkeiten der Schulmedizin, der Naturheilkunde und der Homöopathie bei Tinnitus.



Lärm zerstört – für immer

www.bgbau.de

Lärmschutz am Arbeitsplatz, dazu führt die BG BAU jedes Jahr Aktionen für die Azubis aus. Dieses Jahr war es leider in Stockdorf nicht möglich, jedoch an anderen Orten in Deutschland.

Was gibt's beim Lärmschutz?

Hör-Exkursion durch Untergiesing am 12. Mai 2017

Organisiert vom AK Lärm und geleitet von Dipl.-Ing. Rozbeeh Karimi von Möhler + Partner Ingenieure AG erkundeten wir ein Stadtviertel mit sehr unterschiedlichen Lärm-Situationen.

An unserer ersten Station im ASZ Untergiesing berichteten die AnwohnerInnen von den größten Lärmproblemen und wie sich die Zustände in den letzten Jahren verändert haben. Beklagt wurde eine Zunahme von Kneipen- und Eventlärm. Dagegen wurde eine deutliche Verbesserung durch die Schallschutzwand an der Bahn gelobt, was auch die unmittelbare Nachbarschaft bestätigte und wir selbst im Vergleich mit einem noch ungeschützten Abschnitt erleben konnten.

Sehr stark belastet durch den Auto-Verkehr sind aber noch immer die AnwohnerInnen an der Humboldt-/Pilgersheimer-Str., die sich besonders durch das ständige Hupen an der Kreuzung beeinträchtigt fühlen. Wie Karimi erläuterte, werden solche Lärmspitzen bei der Berechnung der Lärmkarten nicht erfasst.

Melly Kieweg vom Bezirksausschuss zeigte uns zunächst eine kleine zwischengenutzte Brachfläche an der Bahn mit vielen Sträuchern und Pflanzen: Hier fühlt man sich nicht nur wegen dem vielen Grün wohler, sondern auch die Messung zeigt 10 – 12 dB(A) weniger als an der Straße.

Anschließend konnten wir erleben, dass sich Engagement gegen Lärm lohnt: fast 15 Jahre hat die Bürgerinitiative „Mehr Platz zum Leben“ dafür gekämpft, dass aus einem lauten, als Parkfläche für Autos genutzten Platz ein verkehrsberuhigter und einladender Aufenthaltsraum für die Menschen im Viertel wurde. Obwohl es kein Park ist, wird es hier sehr viel leiser als in der Umgebung empfunden und der Platz mit Sitzbänken, Kunstaktionen und Freischankfläche hat viel Flair gewonnen.

Schier unerträglich ist der Lärm für die Bewohner einer Notunterkunft in der Kurve der Bahn und ohne Schallschutzwand; 75 dB(A) bei Tag, 70 bei Nacht

schädigen deren Gesundheit. Karimi sieht hier das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit verletzt. In den Nachbarländern ist der Bahnverkehr schon deutlich leiser.

Zum Schluss führte uns der Weg in den Rosengarten, einer kleinen Parkanlage im Viertel. Obwohl auch hier Straßen- und Bahnlärm zu hören war und auch das Vogelgezwitscher ganz schön laut sein kann, empfanden wir den Ort als richtige Ruhe-Oase, wo man sich gut erholen kann.

Was hat uns dieser Rundgang gezeigt? Jeder kann einen Beitrag zur Lärmverminderung leisten, z.B. weniger Autofahren oder lärmarme Reifen anschaffen (ja, das gibt es).

Die Bürger müssen ihre Themen und Lösungsvorschläge bei der Bürgerbeteiligung einbringen können und ernst genommen werden.

Das Thema Lärm und seine gesundheitlichen Folgen müssen stärker in die öffentliche Diskussion. (Die Entscheidungsträger wohnen meist ruhig und hören das Problem nicht). Auch kleine ruhige Orte müssen geschützt werden. Engagement und Durchhaltevermögen lohnt sich.

Kurzmeldungen



Das Bürgerbegehren für Luftreinhaltung „Saubere Luft“, hat den Stadtrat bewegt, schon

bevor die notwendige Zahl an Unterschriften beisammen war, die Forderungen nach maximal 20% MIV selbst in einen Stadtratsbeschluss zu übernehmen. Danke allen, die mitunterschrieben haben. Es nützt auch beim Lärm.

Nun werden die Bürger genau hinschauen und Bilanz ziehen: Kommt eine Stärkung des ÖV, des Radverkehrs, des Fußverkehrs und des Umweltverbundes auch in der Region? Wie verbessern sich die Luftschadstoffwerte? (und die Ruhe) Wird langfristig die Stadt der kurzen Wege umgesetzt? „Kompakt, urban, grün“, war (und ist) das Motto der Stadt.



Hupen ist extrem laut: Messung an der Humboldtstraße



Weniger Autos, Schallschutz zur Bahn: Hans-Mielich-Platz



Garteln und Graffiti, der Restlärm ist erträglich



Längst ist die Fortschreibung des Lärmaktionsplans fällig. Die o.g. Maßnahmen sind zugleich effektiv für den Lärmschutz. Auch hier ist ein Handeln der Stadt überfällig. So kann die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV - oder Mief?) oder Tempolimits, welche die Stadt bisher abgezügelt hat, deutliche Verbesserungen beim Lärm bringen.

Zwei autoreduzierte Baugemeinschaften planen im Münchner Osten, wir hoffen auf ein autofreies Genossenschaftshaus und im fernen Westen, in Freiham, tun sich neue Chancen auf. Die im letzten Rundbrief beschriebenen leichter möglichen Reduzierungen bei den Stellplätzen sollten nun neue Projekte erleichtern.



BAGP-Rundbrief 1.17

BAGP präsentiert sich auf APS-Jahrestagung

Die Jahrestagung 2017 des Aktionsbündnisses Patientensicherheit APS am 4./5. Mai stand unter dem Motto „Darüber müssen wir reden“, Patientensicherheit und Kommunikation. Die gelungene Kommunikation zwischen Arzt und Patient wurde als gravierendes Element für das Gelingen der medizinischen Behandlung und als wichtiges Merkmal der Vertrauensbildung benannt. Betont wurde von den Referent*innen, wie wichtig eine gute, verständliche Kommunikation zur Vermeidung von Fehlbehandlungen ist. Wenn Ärzt*innen Patient*innen nicht zuhören, können diese auch keine korrekte Diagnose stellen und dementsprechend ist eine erfolgreiche medizinische Behandlung nicht gewährleistet. Umgekehrt können Patient*innen den medizinischen Anweisungen nicht folgen, wenn diese nicht verstanden oder nachvollzogen werden.

Es ist keine neue Erkenntnis, dass eine gelungene Arzt-Patient-Kommunikation Voraussetzung für den Heilungserfolg ist, trotzdem spielt es in der Ausbildung der Mediziner*innen bislang kaum eine Rolle. Die Implementierung von Schulungselementen zur Kommunikation in das Medizinstudium und die Fort-/Weiterbildungsmaßnahmen sind seit Jahrzehnten eine Forderung der BAGP.



Wir freuen uns daher sehr, dass das APS dieses Thema auf ihrer diesjährigen Tagung in den Fokus gestellt hat. Etwa 400 Teilnehmer wurden auf dem zweitägigen Kongress in vielen interessanten Vorträgen und Workshops über die verschiedenen Facetten der Kommunikation informiert. Die Referent*innen kamen vorrangig aus der Wissenschaft und der Medizin. Patient*innen und Patientenvertreter der Selbsthilfe und der Pa-

tientenberatung waren leider unter den Referent*innen sehr spärlich vertreten, daher kam nach unserer Einschätzung die Sicht der Patient*innen auf das Thema zu kurz.

Die BAGP war mit einer Präsentation zum Thema Aufklärung und Kommunikation über multiresistente Keime (MRE) im Krankenhaus auf der Tagung vertreten. Auf Plakatwänden stellten zwei Kolleginnen der BAGP die Ergebnisse einer Studie vor, die der Gesundheitsladen Bielefeld (Mitglied der BAGP) gemeinsam mit der Universität Bielefeld und den Betriebskrankenkassen OWL durchgeführt hatten. Im Rahmen dieser Studie wurden u.a. 1200 Patient*innen, die zur stationären Behandlung in Krankenhäusern waren, nach ihren Erfahrungen/Erlebnissen befragt. Die Ergebnisse der Studie und die eindringlichen Schilderungen der Patient*innen verdeutlichen, wie unverzichtbar eine gute, verständliche und empathische Kommunikation vor, während und nach dem Krankenhausbesuch ist. Besonders die Plakate mit den teilweise dramatischen Originalzitaten der Patient*innen zur miserablen Kommunikation und deren Auswirkungen für sie erregten die Aufmerksamkeit der Kongressteilnehmer*innen.

(Der vollständige Studienbericht ist nachzulesen unter: <http://www.gesundheitsladen-bielefeld.de>)

Insgesamt eine gelungene Tagung, die hoffentlich Auswirkungen auf den medizinischen Alltag haben wird.

Judith Storf und Sabine Düver

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail: mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



**B
A
G
P
Kurzprofil**

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten (18/10938, 18/11187) hier Änderungsantrag der Fraktionen CDU / CSU und SPD

Personaluntergrenzen

Wir begrüßen sehr, dass die Politik dem bekannten Sachstand des Pflegepersonalmangels entgegen wirkt. Im §137i SGB V wird gefordert, dass die wesentlichen Akteure der Krankenhausversorgung sich auf Personaluntergrenzen verständigen und hierzu auch Patientenvertreter eingebunden werden.

Leider beziehen sich die Anstrengungen nach Festlegung von Personaluntergrenzen bisher nur auf pflegeintensive Bereiche und Nachtdienste. Dies erstaunt uns, da bekannt ist, dass Pflegefehler durch Personalmangel nicht nur in diesem Setting stattfinden, sondern ein generelles Problem darstellen. Daher fordern wir eine höhere Ausstattung mit qualifiziertem Pflegepersonal generell für den Bereich der stationären Versorgung, welcher auch adäquat finanziell ausgestattet sein muss.

Neben den längst fälligen Personaluntergrenzen erwarten wir eine zügige Umsetzung des Entlassmanagements zur Sicherstellung der stationären Behandlungserfolge und der qualifizierten Überleitung der Patienten in den ambulanten Versorgungsbereich. Es darf nicht zu Lasten der Patienten und ihres bestehenden Rechtsanspruches auf Entlassmanagements gehen, dass die Akteure der Sektoren sich nicht auf Vergütungen und Formalitäten einigen können.

Verbot für Versandapotheken

Stellungnahme der BAGP zum Antrag des Verbotes für Versandapotheken im Kontext des EuGH Urteils vom 19.10.2016. Arzneimittelversorgung über Vor-Ort-Apotheken und oder durch europäische Versandapotheken

Mithilfe des EuGH Urteils vom 19.10.2016 ist entschieden worden, dass die für Deutschland geltende Preisbindung nicht auf Versandapotheken aus dem Ausland anwendbar ist. Jetzt können ausländische Versandapotheken - anders als in Deutschland ansässige Apotheken - Preisnachlässe und Boni auf verschreibungspflichtige Arzneimittel gewähren.

Die Politik reagiert auf das Urteil mit dem Vorschlag, den Versandhandel von verschreibungspflichtigen Medikamenten aus ausländischen Apotheken zu verbieten. Aus Gründen der Patientensicherheit und des Patientenschutzes unterstützt die BAGP diesen Antrag. Im Fokus der Arzneimittelabgabe muss die Sicherheit der Patientenversorgung stehen. Das heißt: Es muss sichergestellt werden von der ausgebenden Apotheke, dass die Herstellung nach inländischen Qualitätsanforderungen erfolgt und keine riskanten Rohstoffe und Beimischungen verwandt werden. Die Ausgabe von Arzneimitteln muss eingebettet sein in eine fachlich fundierte, qualitätsgesicherte und zielgruppenspezifische Beratung über die Risiken, Nebenwirkungen und Wechselwirkungen der einzunehmenden Medikamente. Die Verständlichkeit und auch die Nachvollziehbarkeit der Informationen anhand der Beipackzettel muss gewährleistet werden.

Die Complianceforschung zeigt, dass der persönliche Kontakt zum Ansprechpartner / Berater in der Apotheke ein wesentliches Erfolgskriterium für das korrekte Einnahmeverhalten der Patienten. Eine in dieser Weise unterstützende Beratung ist in den meisten Fällen über eine Vor-Ort-Apotheke realisiert.

Wichtig ist allerdings für eine gelingende und patientenorientierte Beratung auch die Gewährung von Datenschutz im Sinne von Mit Hör- und Sichtschutz. Gerade für Informationen und Aufklärungen zu Krankheiten bedarf es besonderer Sensibilität, welche leider in den meisten Apotheken (wie auch in den meisten Empfangsräumen von Arztpraxen) nicht gewährleistet werden kann.

Neben dem Aspekt des Patientendatenschutzes ist die Gewährleistung einer guten Erreichbarkeit einer Vor-Ort-Apotheke sicher zu stellen. Dort wo verordnende Ärzte ansässig sind, braucht es auch eine Apotheke oder eine andere Form der Sicherstellung zeitnaher Versorgung mit Arzneimitteln. Dies wird in vielen Regionen bereits durch ansässige Apotheken mit Liefermöglichkeiten sichergestellt.

Inländische Versandapotheken haben immer

eine Anbindung an eine Standortapotheke und werden daher auch in die Sicherstellung von Bereitschaftsdiensten zu Unzeiten eingebunden.

Die Politik muss sicher stellen, dass Patienten auch im ländlichen Raum zügig und barrierefrei Zugang zu Arzneimitteln erhalten. Ob allerdings die Forderung nach einer Bedarfsplanung - ähnlich der ambulanten ärztlichen Bedarfsplanung - sinnvoll wäre, können wir nicht einschätzen. Ein anderer Themenkomplex bezieht sich auf die Preisgestaltung der Arzneimittelausgabe im In- und Ausland. Versandapotheken im Ausland haben nach dem EuGH Urteil die Möglichkeit, Rabatte und Boni zu gewähren. Inlandapotheken dürfen das in der Form nicht. Damit entsteht eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten der ausländischen Lieferer mit der Folge, dass es möglicherweise zu Schließungen von Vor-Ort-Apotheken in Deutschland kommen kann. Dem ist politisch etwas entgegen zu setzen.

Marktpolitisch mag ein Wettbewerbssituation für Patienten sinnvoll sein, wenn sie dabei nicht unerkannt in eine Qualitätsfalle geraten. Aus unserer Sicht erscheint es wichtig, dass die Patienten mit den medizinisch notwendigen Arzneimitteln versorgt werden - unabhängig von ihrer sozioökonomischen Situation. Es darf nicht zu Unterversorgung aufgrund finanzieller Belastungen für Patienten kommen. Ob die heutige Regelung der Belastungsgrenzen für chronisch Kranke ausreichend ist, bezweifeln wir. Daher ist die politische Forderung, die Arzneimittelzuzahlungen abzuschaftern, nachvollziehbar und unterstützenswert.

Ergänzend dazu gibt es aber auch das Phänomen, dass zunehmend medizinisch notwendige Arzneimittel nur noch auf Privatrezept verordnet werden. Hier wird eine medizinisch notwendige Behandlung auf Kostentragung durch die Patienten verlagert und schließt damit immer Patienten mit geringen finanziellen Mitteln aus, was nicht sein darf.

Carola Sraier

18.7.2017 Beginn: 18:30h

Bürgerversicherung? DRGs?
Notfallversorgung?
Patientenrechte?
Bedarfsplanung? ...

Deutschland vor der Wahl

Podiumsdiskussion zur Gesundheitspolitik mit

Dr. Stephan Pilsinger (angefragt), Bundestagskandidat, **CSU**

Dr. Manuela Rottmann, Bundestagskandidatin, **Bündnis 90/Grüne**

Martina Stamm-Fibich, MdB und Bundestagskandidatin, **SPD**

Brigitte Wolf, Stadträtin und Bundestagskandidatin, **DIE LINKE**

Moderation: **N.N.**, Bayerischer Rundfunk

Ort: **BR Veranstaltungssaal Foyer Rundfunkhaus, Arnulfstraße 42/44**

Zeit: **Dienstag, 18. Juli 2017, 18:30 Uhr**

Veranstalter: Gesundheitsladen München

Bürger für unser Münchner Stadtklinikum BUMS

Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte VDÄÄ

Kontakt und V.i.S.d.P.: Peter Friemelt, Gesundheitsladen,

Waltherstr. 16a, 80337 München, mail@gl-m.de, Tel. 089 - 77 25 65

BR

Wir reden mit!